

## **„Jeder Mensch ist durch seine Existenz wertvoll“**

Kant-Gesellschaft würdigt die Bedeutung der Menschenwürde in unserer Zeit

Der Vorsitzende der Kant-Gesellschaft Minden, Christoph Gralla, stellte zu Beginn der Veranstaltung die beklemmende Aktualität des Themas fest, da die Menschenwürde vielerorts bedroht und eingeschränkt werde.

In seinem Vortrag über die Menschenwürde spürte Dietrich Seele, Mitglied der Kant-Gesellschaft, Quellen der Menschenwürde bereits in der jüdischen und christlichen Religion auf. Schon dort seien die Achtung vor dem Nebenmenschen und der Gleichheitsanspruch verankert. Auch der Islam verleihe dem Menschen eine „unverlierbare Würde“. Im Folgenden zeichnete Seele die Entwicklung von der antiken Philosophie über die Renaissancephilosophie bis zur Aufklärung nach, in der der Aufklärer Kant zu einer Vorstellung von Menschenwürde gelangt sei, die der Universalität der Menschenwürde einen gewaltigen Schub verliehen habe. Mit Bezug auf Kant fasste Seele zusammen: Menschenwürde bestehe in der Achtung vor dem Anderen, in der Anerkennung seines Rechts zu existieren, in der Anerkennung einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen und in der Freiheit der Entscheidung.

Damit werde die Würde des Menschen zur Begründung der Menschenrechte, Rechte, auf die jeder Mensch Anspruch habe unabhängig von Herkunft, Glauben, Geschlecht, Alter oder sozialem Status. Von Kant aus, so Seele, habe sich die Menschenwürde einen Weg - z. B. über die Forderungen nach menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen - in die Verfassungen vieler freiheitlich-demokratischer Verfassungen gebahnt. Nach Art. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sei „die Würde des Menschen unantastbar“. Der Staat habe diese sowie die aus ihr abzuleitenden Grundrechte zu achten und zu schützen. Zudem finde Menschenwürde ihren Niederschlag in der Erklärung der Menschenrechte von 1948 im Rahmen der UN-Charta, „alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, in der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarates 1953, die ein individuelles Klagerecht eröffne und in der Charta der Grundrechte des Vertrags über die Europäische Union von 2009.

Mit der Analyse menschenverachtender Ideologien, wie zum Beispiel Nationalismus, völkischer Mystizismus, Kolonialismus und Rassismus, konnte Seele belegen, wie Menschenwürde dort unter Druck gerät, wo Menschenleben bedroht, Menschenrechte eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt werden, wo Menschengruppen diskriminiert, geringgeschätzt und ausgegrenzt werden.

Auch ein Staat, der einen Angriffskrieg führe und damit das Völkerrecht verletze, untergrabe die Würde des eigenen Volkes, weil er dessen Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit außer Kraft setze. Schließlich gab Seele zu Bedenken, ob nicht auch soziale Ungleichheit, Ungerechtigkeiten und Kränkungen zu einem Verlust der Menschenwürde führten. Niemand könne ohne Anerkennung leben. Armut, die nicht gesehen werde, schlage in Wut um, zitierte Seele die Philosophin Hannah Arendt.

Seele leitete die anschließende Diskussion ein mit der Frage, ob ständige Konflikte – soziale Spannungen wie kriegerische Auseinandersetzungen – unvermeidbar würden, wenn es nicht gelinge, zu einem universalen Verständnis der menschlichen Würde zurückzukehren und die Grund- und Menschenrechte wirksam zu schützen?

In der Diskussion standen die Fragen nach der politischen Legitimität und der philosophischen Legitimation dieses universalen Anspruchs auf die Einhaltung der Menschenrechte und der Würde des Menschen im Mittelpunkt. Die Forderung, z. B. rechtsstaatliche Mindeststandards einzuhalten, werde von Staaten, die sich nicht der westlichen Hemisphäre zugehörig fühlten, häufig als Überforderung oder gar als Missachtung ihres eigenen Selbstbestimmungsrechts wahrgenommen. Autokratische Herrschaftssysteme schlossen sich zu politischen Allianzen zusammen, deren Einigkeit

häufig nur in der Zurückweisung der universellen Geltung von Menschenrechten, Menschenwürde und den sog. westlichen Werten bestünde. Die politische Legitimität dieser Kritik werde zudem mit dem Hinweis auf Repräsentation einer Mehrheit der Weltbevölkerung, und damit zumindest scheinbar demokratisch untermauert. Die politische Brisanz dieser immer offener und offensiver geführten Auseinandersetzung dürfe nicht zuletzt wegen ihrer ökonomischen, ökologischen und militärischen Auswirkungen nicht unterschätzt werden.

Gerade mit Blick auf die philosophische Legitimation und systematische Einbindung in die Philosophie Kants und die Aufklärung scheint es, so zeigte sich im weiteren, aber keineswegs aussichtslos diese Auseinandersetzung offen und offensiv zu führen. Denn die Proklamation der Würde des Menschen, die Deklaration der Menschenrechte, auf die z. B. auch viele der sog. Schwellenländer ihren berechtigten Anspruch auf Entkolonialisierung und Emanzipation gründeten, seien nicht von den Forderungen nach Freiheit, Gleichheit, Autonomie und Vernunft, das Recht jedes einzelnen Menschen auf Selbstbestimmung, soziale und politische Sicherheit, körperliche und geistige Unversehrtheit etc. zu trennen. Diese Forderungen und ihre universelle Anerkennung und Anwendung seien nicht nur für Kant die Bedingungen und Kriterien dafür, wie es gelingen könne, inner- und zwischenstaatlich eine friedliche Welt-Öffentlichkeit für wechselseitige Kritik, Selbstkritik, Aufklärung und Bildung zu schaffen, zu sichern und weiterzuentwickeln. Mit der Frage, ob sich z. B. Wissenschaft, Philosophie, Politik, Kultur und Kunst, Ökonomie, alte und neue Medien, ob wir alle, die wir uns prinzipiell zu Recht auf unsere Freiheit und Autonomie berufen, der aus diesen Menschenrechten resultierenden Verantwortung und Verpflichtung immer gerecht werden und uns ihnen würdig erweisen, endete die Diskussion – vorerst. Denn Kants Motto „Habe Mut Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen“, wird diese Fragen auch für die Veranstaltungen der Kant-Gesellschaft Minden im Jubiläumsjahr des 300. Geburtstages Kants im Jahr 2024 sichern.